

Wahlprüfsteine Landtagswahl

Langversion ungekürzt

4. Der Amtseid des Abgeordneten hat dem Volk zu dienen, nicht den Interessen ausgesuchter Monopolisten!

Frage: Wie verträgt sich **Ihr** geleisteter Amtseid, Schaden vom Deutschen/Hessischen Volk abzuwenden mit der unbestreitbaren Feststellung, dass mit Genehmigung und massiver Förderung durch die jeweiligen Regierungsparteien- unter faktischer Duldung durch die jeweiligen Oppositionsparteien- in den Atomkraftwerken täglich langwirkender, hochgiftiger Abfall produziert wird, für den weltweit kein wissenschaftlich belastbares Entsorgungskonzept existiert?

Antworten:

CDU:

Frage 4 ist mit den Fragen 1-3 beantwortet.

SPD:

Die SPD hat in der Opposition die atomfreundliche Politik von CDU/CSU und FDP nie geduldet. Dies zu behaupten wäre schlichtweg falsch. Die Bundesregierung trägt die alleinige Verantwortung für diese Politik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Nutzung der Atomkraft ist hochgefährlich und nicht verantwortbar. Ich habe mich deshalb immer für den schnellstmöglichen Ausstieg aus dieser Risikotechnologie eingesetzt. Von einer Duldung der Atomkraft kann keine Rede sein. Nach vielen Jahren des parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstands ist es gelungen, im Jahr 2000 erstmals den Weg für den Atomausstieg zu ebnen. Im Jahr 2011 wurde dieser Beschluss erneuert, nachdem die schwarz-gelbe Mehrheit gegen den entschiedenen Widerstand vor allem der Grünen und der Anti-AKW-Bewegung eine Laufzeitverlängerung durchgedrückt hatte. Acht besonders unsichere Reaktoren wurden sofort stillgelegt, neun weitere bis 2022 abgeschaltet. Damit wurden die Risiken und die Menge anfallenden Atommülls deutlich begrenzt. Der Ausstieg muss jetzt unter Wahrung höchstmöglicher Sicherheitsstandards umgesetzt werden. Dazu gehört auch, die bislang offene Endlagerfrage für hochradioaktiven Müll zu lösen. Mit dem Standortauswahlgesetz wurde jetzt endlich die gesetzliche Grundlage für eine Abkehr vom ungeeigneten Standort Gorleben und für ergebnisoffene, wissenschaftsfundiert und transparente Suche unter Einbeziehung der Öffentlichkeit geschaffen. Damit ist die Tür zur Auswahl des bestmöglichen Standorts für ein atomares Endlager geöffnet worden.

FDP:

Keine Stellungnahme

DIE LINKE:

Ob mit oder ohne Amtseid, unser Platz war immer bei den Menschen, die sich gegen die Nutzung von Atomenergie gewandt haben. Wir haben den sofortigen Ausstieg lange vor Fukushima gefordert, gemeinsam mit vielen Menschen und vielen Anti-AKW-Initiativen an den Standorten der AKWs (z.B. bereits gegen die Inbetriebnahme von Mühlheim-Kärlich) demonstriert und uns nicht mit dem unsäglichen Atomkompromiss zufrieden gegeben. Unser Bestreben war es immer, dafür zu sorgen, dass möglichst viele Menschen ihren Widerspruch zum Regierungshandeln deutlich machen können. Uns liegt auch an der Beteiligung von Menschen mit niedrigen Einkommen. Gerade für diese Personengruppe war es uns wichtig ein Konzept für sozial verträgliche Strompreise zu entwickeln und aufzuzeigen, dass die Preiserhöhungen nicht aufgrund der Kosten der Energiewende stattfinden.

Die Verfolgung der Energiewende auf allen Ebenen der Politik, ob im privaten Bereich (Energieversorger mit regenerativer Energie und Rückführung des Energieverbrauchs), im kommunalen Bereich (Stromerzeugung in öffentlicher Hand) oder auf Landesebene (Kritik des folgenlosen Energiegipfels und der Politik der hessischen Umweltministerin die Schließung von Biblis so durchzuführen, dass RWE Regressansprüche geltend machen kann) oder auf Bundesebene sehen wir in Verbindung mit sozialen Fragen als eine wesentliche Aufgabe linker Politik an.

Die Beeinflussung der Politik durch Lobbyisten gerade aus der Energiewirtschaft zeigen wir bei jeder möglichen Gelegenheit auf. Ein Beispiel ist die Rede von Janine Wissler zur aktuellen Stunde im Landtag, die die LINKE zu dem Thema „Schrottreaktoren abschalten statt Laufzeiten verlängern“ im Oktober 2009 beantragt hatte.

Schrottreaktoren abschalten statt Laufzeiten verlängern

Donnerstag, 08. Oktober 2009

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

„Schwarz-Gelb macht Atomkonzerne hoffnungsfroh“ – titelte die WELT vor einigen Tagen.

In der Tat waren die Aktien der großen Energiekonzerne nach der Wahl die Gewinner an der Börse, dort interessiert man sich nämlich nicht für das Leck in Krümmel und die Sumpfsiebe in Biblis. Die Kosten für die Folgen tragen ja auch nicht die Konzerne, die sie verursachen, sondern die Allgemeinheit.

Analysten haben überschlagen, dass eine Laufzeitverlängerung von acht Jahren für Eon über zwölf Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen einbringt, für RWE acht Milliarden.

EnBW hofft nach dem Regierungswechsel auf „unvoreingenommene Gespräche“ über die Laufzeitverlängerung. RWE-Chef Jürgen Großmann ist ebenfalls optimistisch. Er „vertraue darauf, dass Union und FDP die Weichen für eine Laufzeitverlängerung stellen“. Die Energiekonzerne beschränken sich aber auch bei Schwarz-gelb nicht darauf zu vertrauen, sie spenden fleißig an die Parteien, denn Vertrauen ist gut, Bezahlen ist sicherer.

Nach der Bundestagswahl ist eingetreten, worauf sich Spekulanten und Monopole lange gefreut haben: Die Atomlobby reibt sich die Hände in Erwartung der Milliardenprofite. Aber zu früh sollten sie sich nicht freuen. Denn es gibt in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit gegen die Laufzeitverlängerungen, das zeigen alle Umfragen. Union und FDP haben die Wahl nicht wegen, sondern trotz ihrer atompolitischen Positionen gewonnen.

Das Wahlergebnis ist kein Votum für Atomkraft. Und das wissen Sie auch.

Deshalb haben Sie versucht das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten und ihre Pläne nicht an die große Glocke zu hängen. Eine von Eon beauftragte Unternehmensberatung warnte vor einer „scharfen emotionalen Debatte“. „Laute PR“ mobilisiere „die politischen Gegner unnötig.“ Die „politischen Gegner“ sind dabei alle, die die weit verbreiteten Sorgen der Bevölkerung vor den Risiken der Atomkraft ernst nehmen.

In diesem Strategiepapier der E.on-Unternehmensberater war auch zu lesen, dass sich Lobbyarbeit bei der LINKEN nicht lohne. „Das Strickmuster der Linkspartei gilt auch in der Energiepolitik: Protest pur.“ Das stimmt, etwas anderes als Protest haben wir der Atomlobby nicht zu bieten. Der wird auch nötig sein, und wir werden uns nach Kräften daran beteiligen.

RWE erklärt jetzt, man werde dem Staat auch etwas abgeben von den Extraprofiten. Davon abgesehen, dass damit die Risiken der Atomenergie auch nicht sinken, warum sollte diese Zusage belastbarer sein als der sog. Atomkonsens? Mit den vier großen Energiekonzernen kann man keine Verträge machen, denn sie halten sich schlicht und einfach nicht daran. Sie blockieren die Energiewende, deshalb müssen sie entmachtet werden, Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Die Atomenergie ist keine „saubere“ Technik und die Frage der Endlagerung ist ungelöst. 130 meldepflichtige Störfälle gibt es in deutschen Atomkraftwerken pro Jahr - und jeder neue könnte der letzte sein. Die Betreiber verdienen 300 Millionen Euro jährlich an jedem abgeschriebenen Kraftwerk, also besonders viel an den alten und unsicheren Werken, deren Laufzeiten sie daher gern verlängern wollen, auch Biblis. Dabei steigen die Unfallrisiken mit jedem Jahr. Deshalb darf Biblis nicht mehr ans Netz gehen.

Atomkonsens

Jetzt rückt sich die Halbherzigkeit des rot-grünen Atomausstiegs. Bei den langen Restlaufzeiten war von Anfang an klar, dass die Vereinbarung von jeder kommenden Regierung aufgehoben werden könnte. Es wurden keine unumkehrbaren Tatsachen geschaffen, der Ausstieg aus dem Ausstieg blieb praktisch möglich und darauf haben die Konzerne gesetzt.

Das kommt leider davon, wenn man mit Werner Müller einen Energie-Manager zum Wirtschaftsminister macht und ihn mit der Energiewirtschaft den Atomausstieg verhandeln lässt, wohn er keine zwei Jahre später wieder als Manager zurückkehrt, zu E.On. Müller hatte maßgeblichen Anteil daran, dass es nicht zu einem schnellen Atomausstieg kam.

Bewegung

Für politische Entscheidungen ist aber nicht nur entscheidend, wer regiert, sondern immer auch, wer opponiert. Der Streit um die Atomkraft wird der erste große Konflikt mit der neuen Bundesregierung. Die entscheidende Frage ist, von welcher Seite der Druck stärker ist: von den Energiekonzernen oder aus der Gesellschaft heraus. Deshalb brauchen wir eine neue Anti-AKW-Bewegung in Deutschland.

Bereits vor etwa einem Monat haben 50.000 Menschen in Berlin unter dem Motto „Mal richtig abschalten“ gegen Atomkraft demonstriert. Die Koalitionsverhandlungen werden von Protesten der Atomkraftgegner begleitet, auch heute wieder. Einen offenen Brief "Nicht rütteln am Atomausstieg" an Bundeskanzlerin Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer und FDP-Chef Guido Westerwelle, haben innerhalb von wenigen Tagen über 60.000 Menschen unterschrieben. Und nächste Woche findet im Rahmen des Sozialforums eine weitere Demonstration im Wendland statt.

Christoph Bautz von Campact stellt klar: "Wer eine Renaissance der Atomkraft unterstützt, provoziert das Comeback ihrer Gegner." Und auch innerhalb der CDU gibt es Atomkraftgegner. Der „Bundesverband Christliche Demokraten gegen Atomkraft“ erklärt: „Die Atomkraftgegner aus der Union wollen aus christlicher Verantwortung die nukleare Geisterfahrt beenden“, heißt es. „Die körperliche Unversehrtheit von Menschen darf nicht weiter auf dem Altar der Profitinteressen einer verschwindend kleinen Minderheit von Betreibern nuklearer Anlagen geopfert werden.“

Machen wir endlich Schluss mit dieser Risikotechnologie, ein Ausstieg aus dem Ausstieg ist unverantwortlich.